

Hofspielungen, die wir vorläufig auf sich berufen lassen, weil das Blatt sich dabei so zweitatsächlich ausgedrückt hat, daß es behaupten kann, „nichts gelagt zu haben“, hat die „Tremontia“ eine ebenso wahrheitswidrige wie schändliche Verhöhlung gegen den Abg. Dr. Ennecerus ergeben. Welchen Indult sie hatte, das ergibt sich aus der folgenden, der „Not-Bilz“ zugehenden Erklärung:

„Einiglich bei Selbstmord des Abgeordneten vom Heide hat die unterzeichnete Zeitung „Tremontia“ zu Tormash, wie mir der betreffende Seite mitgeteilt wird, ihren Leuten erzählt, vom Heide habe ich die geheiligte Verfolgung der Koncession der Alten Schmollendorf 100.000,- Kr. Provision erhalten. Auch Berliner Männer hätten ihn zu Wahnsinnshütern benutzt und seien ihm aus diesem Grunde „gestillt“ gewesen. Die Zeitung im Abgeordnetenhause für eine dieser Altenabholzung Alten-Talha, die nicht unter Leuten auch ich mich „festlich in den Gang gemacht“, sei von einem Sausier in Sonne geprägt, und vom Heide der von diesem geflohenen Kapitän gewesen, der auch mit meine „Riede in die Heide“ dichtet.“

Nicht die höchste Schmachtheit, sondern die in der ganzen Erzählung liegende versteckte Feindschaft verstellen möglicherweise eine Erwähnung.

Was ist von der Erzählung, so weit sie mich anbetrifft, nur, daß ich für die höchste Linie Linie Kassel-Rhein im Interesse der beiden Städte, der zwischenliegenden Landeshäfen und des gesamten ost-westlichen Reiches zwischen eingetragen bin. Was liege auf meine Person Beleidigung ist keine Erfahrung. Ich bin von Herrn v. Heide weder zur Beschlagnahme der Bahn veranlaßt, noch bezüglich meiner Arbeit angeklagt, ich es auch nur durch Materialleistung, untersucht worden, mich mit dem nicht einmal entzweie, mit Herrn v. Heide über die Bahn geworben zu haben. Wieder mit dem Abgeordneten für Kassel, in dieser Sache Anfang und Information bekommen, konnte die „Tremontia“ sich ohne große Combinationsschafe zusammennehmen. Am einfachsten zeigt es wohl folgender Brief:

Oberbürgermeister. Kassel, 4. Juli 1891.

Am Rüttel des Stadtkreises und Bürgerschaftsrats des Kreises habe ich die Ehr. Ihnen, hochgeehrter Herr Professor, den lehrreichen Ton dieser Behörden für die energetische Vertretung der Interessen der Stadt Kassel im Abgeordnetenhause gejubelt.

Ieden Tag Sie bitte, die bejubigen Sie. Ihnen überliefert.

Meine mit wieder zugunsten zu lösen, verbleibe ich in defensiver vorzüglicher Hochachtung.

Ihr ergebener: Oberbürgermeister des

Kassels. L. B. Möller.

Außerdem handelt es sich gar nicht, wie man aus dem Artikel der „Tremontia“ heraustragen möchte, um Erwähnung der Koncession einer Eisenbahnlinie, sondern um die Erwähnung der Linie durch den Staat. Endlich sind für die Bahn abgesetzte der verschiedenen Provinzen, vornehmlich auch viele Centausabgaben, unter ihnen auch Dr. Böckeler und Dr. Lieber eingesetzt. Der Verlust des Centausabgabes, mir, dem Nationalliberalen, bei dieser Gelegenheit etwas am Sehnen zu ziehen, ist bei aller Höflichkeit allein verzeihlich unangestossen.

Während, welche eines von der auf mich bezüglichen Befreiung der „Tremontia“ Notiz genommen haben sollten, bitte ich auch diese Erwähnung abzudrucken.

Worbürg, den 3. Juli 1891.

M. d. R. u. d. Abg.

Diese Zurückweisung der persönlichen Anklagungen des Konsulaten Blattes ist so vollständig und überzeugend, daß es überflüssig wäre, ein Wort hinzuzufügen.

B. Berlin, 5. Juli. (Privattelegramm.) Die Nationalliberalen Korrespondenz erklärt nach zweifächerer Information, es sei die Fällung der Jesuitentragödie im Bundesrathe darin gesichert, daß die Redemptoristen von dem Jesuitentragödie ausgenommen werden. Ein besonderer Gelehrte sei hierfür nicht erforderlich, da die Ausdehnung des Begriffes „den Jesuiten vertraute Orden“ lediglich auf einer Declaration des Bundesrates beruhe.

B. Berlin, 5. Juli. (Privattelegramm.) Die „Post“ meldet: Dem Besuch des Kultusministers Dr. Hoff ist eine Befreiung eingetreten. Deshalb gilt es noch keineswegs als sicher, daß er es sich werde verfügen lassen, an den Universitäts-Jubiläen in Königsberg und Halle a.S. teilzunehmen. Sein Leben besteht in einer acuten Gallessteinseife. Am August geht der Kultusminister nach Karlsbad zu gehen.

B. Berlin, 5. Juli. (Privattelegramm.) Der Verein der Berliner Wehrkameraden sieht gestern Abend eine Sitzung ab, in welcher der Vorsitzende Astenberg über den Bierbockcott referierte. Die Kameraden könnten vertrauensvoll in die Zukunft blicken, der Bierkonsum habe bedeutend zugenommen, die Arbeiter tranken mit ihren Familien bereits wieder statt kostspieliges Bier, nur in den Werkstätten herrschte noch Zurückhaltung. Die Unterstützungsmitglieder können den Kameraden täglich von allen Seiten zu, auch von den Behörden sein Aufmunterungen zugegangen und jede Unterstützung zugetragen.

B. Berlin, 5. Juli. (Privattelegramm.) Die Redaktion und der Besitzer der „Nord. Allg. Zeitg.“ veröffentlichten eine Dankdagung an den aus der Redaktion des Blattes ausgeschiedenen Ged. Kommissarstrat Pfeiffer.

\* Schwerin, 4. Juli. Nach einer Bekanntmachung des großherzoglichen Amtes zu Güstrow wird feststellt, daß die Erlassung zur Abschaltung öffentlicher Tanzvergnügungen stets an die Bedingung geknüpft werden, daß bei Tanzvergnügungen ledige Knechte und Mägde schulpflichtige Kinder überall nicht, bei anderen Tanzvergnügungen aber nur in Begleitung ihrer Eltern, bzw. Vormünder und Pfleger, und nur bis 9 Uhr Abends zugelassen werden. Die Ortsvorsteher sind angewiesen, über die Befolgung dieser Vorschrift zu wachen.

\* Hamburg, 5. Juli. (Privattelegramm.) Ein Beiträger der „Hamburg. Nachricht“ beschreibt die Verhängung der anarchistischen Epidemie. Ohne zu bestimmten Vorwürfen gezielter Abwehrmittel überzugehen, so daß eine Fortsetzung der Behandlung dieses Themas zu erwarten steht, verleiht der Verfasser die Ansicht, daß die Kulturstaaten, die sich im Zustande der Rothwehr befinden, den Anarchisten gegenüber zu jeder Abwehr berechtigt seien. Am Schluss meinen die „Räder“, daß die Sozialdemokratie den Rothwehrn für die Anarchisten hilfe. (Aus dem nach Schluss der Redaktion eingelaufenen Viedungen des gestrigen Abendblattes weiterholt und leichter berichtig. Abz.)

\* Kiel, 5. Juli. (Privattelegramm.) Am Dienstag Nachmittag erfolgte bei Schleswig eine unbedeutende Collision

des Panzerkreuzers „Deutschland“ mit dem Boot „Wacht“. Das Wandschiff schwerte sehr, wie die „Kiel. Zeitung“ meldet, in halbseitiger Höhe, wobei die Kette links von den Panzerdecken dampfte. Beim Einschwenken traf das Panzerboot „Deutschland“ den Boot „Wacht“ vor dem Bug und knickte den Steuer des Bootes, der in Begleitung des Bootes „Wacht“ nach Aktion abdrückte, was die unerhebliche Reparatur in 8 Tagen bedingt wird. Das Panzerboot „Deutschland“ wurde nicht beschädigt.

\* Spandau, 4. Juli. Die Durchführung der Biersteuer wird sich einfacher gestalten, als von Wohlwollen angenommen worden war. Die großen Brauereien haben mit dem Magistrat eine monatliche Abrechnung vereinbart; auf Grund ihrer Bilder erklären sie das nach Standort abgestufte Quotum; die Inhaber der Großbrauereien werden unter diesen Umständen nicht viel Arbeit haben. Umständlicher wird die Sache schon für Flaschenhersteller. Hierzu wird die Bierhäuser möglichstviel so einrichten, daß das Flaschenbeschafft der auswärtigen Brauereien eingeschränkt wird.

\* Braunschweig, 4. Juli. Der Brauereiboycott läßt seinem Ende nahe nehn, denn die Brauereiarbeiter haben in einer am Samstag Nachmittag abgehaltenen Versammlung durch Stimmabgabe mit 55 gegen 9 Stimmen beschlossen, daß die s. B. in der Odon-Ver-

sammlung gewählte Commission mit den Brauereibesitzern in Verhandlung treten soll, um eine Einigung zwischen Erstem und den Brauereiarbeitern zu erzielen.

\* Düsseldorf, 4. Juli. Die biesige Handelskammer beschloß eine Eingabe an die Regierung, den §. 136 der Gewerbeordnung, wonach jugendliche Arbeiter ohne Rücksicht auf die Länge der Arbeitsdauer neben der einstündigen Mittagszeit sowohl vor- wie Nachmittags eine halbstündige Pause gewährt werden soll, dahin abzuändern, daß nur bei einer, eine definitive Zeit von etwa 3½ oder 4 Stunden überschreitenden Arbeitszeit eine Pause vorgeschrieben wird.

\* Bremen, 4. Juli. Von heute ab stellen infolge der Verschärfung, welche in der fünf Jahre lang geführten Gewerbezeitung, der Centralpartei seitens der Bremischen Gewerkschaften 100.000,- Kr. Provision erhalten. Auch Berliner Männer hätten ihr so Wahnsinnshüter benutzt und seien ihm aus diesem Grunde „gestillt“ gewesen. Die Zeitung im Abgeordnetenhause für eine dieser Altenabholzung Alten-Talha, die nicht unter Leuten auch ich mich „festlich in den Gang gemacht“, sei von einem Sausier in Sonne geprägt, und vom Heide der von diesem geflohenen Kapitän gewesen, der auch mit meine „Riede in die Heide“ dichtet.“

Nicht die höchste Schmachtheit, sondern die in der ganzen Erzählung liegende versteckte Feindschaft verstellen möglicherweise eine Erwähnung.

Was ist von der Erzählung, so weit sie mich anbetrifft,

nur, daß ich für die höchste Linie Linie Kassel-Rhein im Interesse der beiden Städte, der zwischenliegenden Landeshäfen und des gesamten ost-westlichen Reiches zwischen eingetragen bin. Was liege auf meine Person Beleidigung ist keine Erfahrung.

Ich bin von Herrn v. Heide weder zur Beschlagnahme der Bahn veranlaßt, noch bezüglich meiner Arbeit angeklagt, ich es auch nur durch Materialleistung, untersucht worden, mich mit dem nicht einmal entzweie, mit Herrn v. Heide über die Bahn geworben zu haben. Wieder mit dem Abgeordneten für Kassel, in dieser Sache Anfang und Information bekommen, konnte die „Tremontia“ sich ohne große Combinationsschafe zusammennehmen. Am einfachsten zeigt es wohl

folgender Brief:

Oberbürgermeister. Kassel, 4. Juli 1891.

Am Rüttel des Stadtkreises und Bürgerschaftsrats des Kreises habe ich die Ehr. Ihnen, hochgeehrter Herr Professor, den lehrreichen Ton dieser Behörden für die energetische Vertretung der Interessen der Stadt Kassel im Abgeordnetenhause gejubelt.

Ieden Tag Sie bitte, die bejubigen Sie. Ihnen überliefert.

Meine mit wieder zugunsten zu lösen, verbleibe ich in defensiver vorzüglicher Hochachtung.

Ihr ergebener: Oberbürgermeister des

Kassels. L. B. Möller.

Außerdem handelt es sich gar nicht, wie man aus dem Artikel der „Tremontia“ heraustragen möchte, um Erwähnung der Koncession einer Eisenbahnlinie, sondern um die Erwähnung der Linie durch den Staat. Endlich sind für die Bahn abgesetzte der verschiedenen Provinzen, vornehmlich auch viele Centausabgaben, unter ihnen auch Dr. Böckeler und Dr. Lieber eingesetzt. Der Verlust des Centausabgabes, mir, dem Nationalliberalen, bei dieser Gelegenheit etwas am Sehnen zu ziehen, ist bei aller Höflichkeit allein verzeihlich unangestossen.

Während, welche eines von der auf mich bezüglichen Befreiung der „Tremontia“ Notiz genommen haben sollten, bitte ich auch diese Erwähnung abzudrucken.

Worbürg, den 3. Juli 1891.

M. d. R. u. d. Abg.

Diese Zurückweisung der persönlichen Anklagungen des Konsulaten Blattes ist so vollständig und überzeugend, daß es überflüssig wäre, ein Wort hinzuzufügen.

B. Berlin, 5. Juli. (Privattelegramm.) Die Nationalliberalen Korrespondenz erklärt nach zweifächerer Information, es sei die Fällung der Jesuitentragödie im Bundesrathe darin gesichert, daß die Redemptoristen von dem Jesuitentragödie ausgenommen werden. Ein besonderer Gelehrte sei hierfür nicht erforderlich, da die Ausdehnung des Begriffes „den Jesuiten vertraute Orden“ lediglich auf einer Declaration des Bundesrates beruhe.

B. Berlin, 5. Juli. (Privattelegramm.) Die „Post“ meldet: Dem Besuch des Kultusministers Dr. Hoff ist eine Befreiung eingetreten. Deshalb gilt es noch keineswegs als sicher, daß er es sich werde verfügen lassen, an den Universitäts-Jubiläen in Königsberg und Halle a.S. teilzunehmen. Sein Leben besteht in einer acuten Gallessteinseife. Am August geht der Kultusminister nach Karlsbad zu gehen.

B. Berlin, 5. Juli. (Privattelegramm.) Die „Post“ meldet: Dem Besuch des Kultusministers Dr. Hoff ist eine Befreiung eingetreten. Deshalb gilt es noch keineswegs als sicher, daß er es sich werde verfügen lassen, an den Universitäts-Jubiläen in Königsberg und Halle a.S. teilzunehmen. Sein Leben besteht in einer acuten Gallessteinseife. Am August geht der Kultusminister nach Karlsbad zu gehen.

B. Berlin, 5. Juli. (Privattelegramm.) Die Redaktion und der Besitzer der „Nord. Allg. Zeitg.“ veröffentlichten eine Dankdagung an den aus der Redaktion des Blattes ausgeschiedenen Ged. Kommissarstrat Pfeiffer.

\* Schwerin, 4. Juli. Nach einer Bekanntmachung des großherzoglichen Amtes zu Güstrow wird feststellt, daß die Erlassung zur Abschaltung öffentlicher Tanzvergnügungen stets an die Bedingung geknüpft werden, daß bei Tanzvergnügungen ledige Knechte und Mägde schulpflichtige Kinder überall nicht, bei anderen Tanzvergnügungen aber nur in Begleitung ihrer Eltern, bzw. Vormünder und Pfleger, und nur bis 9 Uhr Abends zugelassen werden. Die Ortsvorsteher sind angewiesen, über die Befolgung dieser Vorschrift zu wachen.

\* Hamburg, 5. Juli. (Privattelegramm.) Ein Beiträger der „Hamburg. Nachricht“ beschreibt die Verhängung der anarchistischen Epidemie. Ohne zu bestimmten Vorwürfen gezielter Abwehrmittel überzugehen, so daß eine Fortsetzung der Behandlung dieses Themas zu erwarten steht, verleiht der Verfasser die Ansicht, daß die Kulturstaaten, die sich im Zustande der Rothwehr befinden, den Anarchisten gegenüber zu jeder Abwehr berechtigt seien. Am Schluss meinen die „Räder“, daß die Sozialdemokratie den Rothwehrn für die Anarchisten hilfe. (Aus dem nach Schluss der Redaktion eingelaufenen Viedungen des gestrigen Abendblattes weiterholt und leichter berichtig. Abz.)

\* Kiel, 5. Juli. (Privattelegramm.) Am Dienstag Nachmittag erfolgte bei Schleswig eine unbedeutende Collision

des Panzerkreuzers „Deutschland“ mit dem Boot „Wacht“. Das Wandschiff schwerte sehr, wie die „Kiel. Zeitung“ meldet, in halbseitiger Höhe, wobei die Kette links von den Panzerdecken dampfte. Beim Einschwenken traf das Panzerboot „Deutschland“ den Boot „Wacht“ vor dem Bug und knickte den Steuer des Bootes, der in Begleitung des Bootes „Wacht“ nach Aktion abdrückte, was die unerhebliche Reparatur in 8 Tagen bedingt wird. Das Panzerboot „Deutschland“ wurde nicht beschädigt.

\* Spandau, 4. Juli. Die Durchführung der Biersteuer wird sich einfacher gestalten, als von Wohlwollen angenommen worden war. Die großen Brauereien haben mit dem Magistrat eine monatliche Abrechnung vereinbart; auf Grund ihrer Bilder erklären sie das nach Standort abgestufte Quotum; die Inhaber der Großbrauereien werden unter diesen Umständen nicht viel Arbeit haben. Umständlicher wird die Sache schon für Flaschenhersteller. Hierzu wird die Bierhäuser möglichstviel so einrichten, daß das Flaschenbeschafft der auswärtigen Brauereien eingeschränkt wird.

\* Braunschweig, 4. Juli. Der Brauereiboycott läßt seinem Ende nahe nehn, denn die Brauereiarbeiter haben in einer am Samstag Nachmittag abgehaltenen Versammlung durch Stimmabgabe mit 55 gegen 9 Stimmen beschlossen, daß die s. B. in der Odon-Ver-

sammlung gewählte Commission mit den Brauereibesitzern in Verhandlung treten soll, um eine Einigung zwischen Erstem und den Brauereiarbeitern zu erzielen.

\* Düsseldorf, 4. Juli. Die biesige Handelskammer beschloß eine Eingabe an die Regierung, den §. 136 der Gewerbeordnung, wonach jugendliche Arbeiter ohne Rücksicht auf die Länge der Arbeitsdauer neben der einstündigen Mittagszeit sowohl vor- wie Nachmittags eine halbstündige Pause gewährt werden soll, dahin abzuändern, daß nur bei einer, eine definitive Zeit von etwa 3½ oder 4 Stunden überschreitenden Arbeitszeit eine Pause vorgeschrieben wird.

\* Bremen, 4. Juli. Von heute ab stellen infolge der Verschärfung, welche in der fünf Jahre lang geführten Gewerbezeitung, der Centralpartei seitens der Bremischen Gewerkschaften 100.000,- Kr. Provision erhalten. Auch Berliner Männer hätten ihr so Wahnsinnshüter benutzt und seien ihm aus diesem Grunde „gestillt“ gewesen. Die Zeitung im Abgeordnetenhause für eine dieser Altenabholzung Alten-Talha, die nicht unter Leuten auch ich mich „festlich in den Gang gemacht“, sei von einem Sausier in Sonne geprägt, und vom Heide der von diesem geflohenen Kapitän gewesen, der auch mit meine „Riede in die Heide“ dichtet.“

Nicht die höchste Schmachtheit, sondern die in der ganzen Erzählung liegende versteckte Feindschaft verstellen möglicherweise eine Erwähnung.

Was ist von der Erzählung, so weit sie mich anbetrifft,

nur, daß ich für die höchste Linie Linie Kassel-Rhein im Interesse der beiden Städte, der zwischenliegenden Landeshäfen und des gesamten ost-westlichen Reiches zwischen eingetragen bin. Was liege auf meine Person Beleidigung ist keine Erfahrung.

Ich bin von Herrn v. Heide weder zur Beschlagnahme der Bahn veranlaßt, noch bezüglich meiner Arbeit angeklagt, ich es auch nur durch Materialleistung, untersucht worden, mich mit dem nicht einmal entzweie, mit Herrn v. Heide über die Bahn geworben zu haben. Wieder mit dem Abgeordneten für Kassel, in dieser Sache Anfang und Information bekommen, konnte die „Tremontia“ sich ohne große Combinationsschafe zusammennehmen. Am einfachsten zeigt es wohl

folgender Brief:

Oberbürgermeister. Kassel, 4. Juli 1891.

Am Rüttel des Stadtkreises und Bürgerschaftsrats des Kreises habe ich die Ehr. Ihnen, hochgeehrter Herr Professor, den lehrreichen Ton dieser Behörden für die energetische Vertretung der Interessen der Stadt Kassel im Abgeordnetenhause gejubelt.

Ieden Tag Sie bitte, die bejubigen Sie. Ihnen überliefert.

Meine mit wieder zugunsten zu lösen, verbleibe ich in defensiver vorzüglicher Hochachtung.

Ihr ergebener: Oberbürgermeister des

Kassels. L. B. Möller.

Außerdem handelt es sich gar nicht, wie man aus dem Artikel der „Tremontia“ heraustragen möchte, um Erwähnung der Koncession einer Eisenbahnlinie, sondern um die Erwähnung der Linie durch den Staat. Endlich sind für die Bahn abgesetzte der verschiedenen Provinzen, vornehmlich auch viele Centausabgaben, unter ihnen auch Dr. Böckeler und Dr. Lieber eingesetzt. Der Verlust des Centausabgabes, mir, dem Nationalliberalen, bei dieser Gelegenheit etwas am Sehnen zu ziehen, ist bei aller Höflichkeit allein verzeihlich unangestossen.

Während, welche eines von der auf mich bezüglichen Befreiung der „Trem